Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/7824

10. 06. 94

Beschlußempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Gerd Wartenberg (Berlin), Gerd Andres, Angelika Barbe, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD — Drucksache 12/5361 —

Statistik der Zu- und Abwanderung

A. Problem

Die Fraktion der SPD begehrt mit ihrem Antrag eine Entschließung des Deutschen Bundestages, mit der die Bundesregierung aufgefordert werden soll, künftig eine vollständige, alle Teilgruppen einbeziehende monatliche Statistik der Zu- und Abwanderung vorzulegen, die — einschließlich einer von der Bundesregierung abzugebenden Einschätzung zu den nicht registrierbaren Wanderungsbewegungen — einen Überblick über den monatlichen Wanderungssaldo gibt.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 12/5361.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag — Drucksache 12/5361 — abzulehnen.

Bonn, den 30. Mai 1994

Der Innenausschuß

Hans Gottfried Bernrath	**Erika Steinbach**	**Jochen Welt**
Vorsitzender	Berichterstatterin	Berichterstatter
	Cornelia Schmalz-Jacobsen	
	Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Erika Steinbach, Jochen Welt und Cornelia Schmalz-Jacobsen

I. Zum Beratungsverfahren

Der Antrag auf Drucksache 12/5361 wurde in der 202. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Januar 1994 an den Innenausschuß federführend und an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD bei Abwesenheit der Gruppen die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Der Innenausschuß hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 13. April 1994 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, den Antrag abzulehnen.

II. Zur Begründung

Seitens der Koalitionsfraktionen wurde der Antrag als nicht praktisch umsetzbar angesehen — auch wenn die damit verfolgten Ziele verständlich erschienen — und die Bundesregierung gebeten, durchführbare Verbesserungen in dem angesprochenen Bereich vorzunehmen.

Seitens der Bundesregierung wurde der Antrag gleichfalls in seiner Intention grundsätzlich positiv bewertet. Zugleich wurde jedoch auf technische, finanzielle und rechtliche — insbesondere datenschutzrechtliche — Probleme hingewiesen, die mit seiner Umsetzung verbunden wären. Zudem wurde betont, daß Verbesserungen in diesem Bereich bereits in Angriff genommen bzw. durchgeführt worden seien.

Die Fraktion der SPD hat demgegenüber auf die Begründung ihres Antrags in Drucksache 12/5361 verwiesen und betont, die vorhandenen statistischen Materialien seien wenig aussagekräftig. Eine Differenzierung hinsichtlich der Abwanderung, der erledigten Asylverfahren und der Anerkennungsquoten sei — insbesondere auch für die politische Diskussion — wichtig. Das Aufnehmen beispielsweise der Bürgerkriegsflüchtlinge in die Statistik sei für die Planungssicherheit in den Gemeinden von ganz besonderer Bedeutung. Man lege großen Wert auf die Einführung einer derart differenzierten Statistik.

Bonn, den 30. Mai 1994

Erika Steinbach	**Jochen Welt**	**Cornelia Schmalz-Jacobsen**
Berichterstatterin	Berichterstatter	Berichterstatterin

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333